

Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Deutschland zwischen den Fronten im Kampf um fossile Energie

Mit ihrer Entscheidung, Sanktionen gegen Russland einzuführen, treffen die USA vor allem die russischen Gas- und Öllieferungen. Und sie zeigt: Es herrscht ein Krieg um fossile Energie. Wie kein zweites Land wollen die USA derzeit durch eine rückwärtsgewandte Energiepolitik in erster Linie die eigenen konventionellen Energien wie Kohle, Öl und Gas stärken. Die Trump-Regierung betreibt eine reine globale Machtpolitik, in der es um die Wirtschaftsinteressen der USA zu Lasten von Europa und Russland geht. „Amerika first" hat vor allem zum Ziele, geopolitische Macht auszuüben. Und katapultiert das Land zurück in den kalten Krieg um fossile Energien.

Mittels politischer Sanktionen versuchen die Amerikaner, Marktanteile im Energiebereich, etwa durch den Export von Flüssiggas (liquified natural gas LNG), welches hauptsächlich durch Fracking gewonnen wird, auch in Europa zu erhöhen. Sie gehen damit in direkte Konkurrenz vor allem zum russischen Gas. Ob ihnen dies gelingen wird, ist allerdings fraglich: Die USA benötigen ihre fossilen Ressourcen vornehmlich selbst, der Export ist kostspielig und es gibt sehr viele preiswertere Wettbewerber. Aber das Ziel ist klar: geopolitische Vormachtstellung durch die Erhöhung von Marktanteilen fossiler Energien in der Welt.

Doch was bedeuten die Sanktionen für Deutschland und Europa? Betroffen ist vor allem aktuell der Bau des zweiten Gas-Pipelinestrangs von Russland nach Deutschland (North Stream II). Doch keine Sorge: Dadurch ist die Versorgungssicherheit mit Gas weder auf dem deutschen noch auf dem europäischen Markt gefährdet. Der neue Pipelinestrang wird nicht zur Sicherstellung der Gasversorgung in Deutschland benötigt. Es gibt derzeit einen Überschuss an Gas auf den internationalen Märkten, zudem stehen ausreichende Pipelinekapazitäten und Flüssiggasterminals zur Verfügung, um Gas nach Europa und Deutschland zu bringen.

Europa wird ohnehin im Zuge der Umsetzung der Klimaziele in den kommenden Jahrzehnten den Gasbedarf senken.

Hinzu kommt, dass der Bau der Pipeline den Zielen der EU zuwiderläuft. Diese sehen vor, insgesamt den Gasimport zu diversifizieren und die Importabhängigkeit von Russland zu senken. Der neue Pipelinestrang von North Stream ist somit aus rein energiewirtschaftlicher Sicht nicht notwendig. Schon der erste Pipelinestrang (North Stream I) hat sich als unwirtschaftlich erwiesen, da der Bau sehr teuer war und nur maximal etwa zehn Prozent des Europäischen Gasbedarfs durch die Pipeline gedeckt werden können. Zudem ist sie bisher gar nicht ausgelastet.

Viele Länder, auch in Europa, setzen bei der Diversifikation der Gasimporte vor allem auf Flüssiggas, das flexibel per Schiff transportiert werden kann. Und genau darauf spekulieren nun die Amerikaner: Sie bieten sich als Flüssiggasanbieter an und machen Russland Konkurrenz.

Und Europa gerät im Krieg um fossile Energien zwischen die Fronten. Denn abgesehen von der Versorgungssicherheit wird befürchtet, dass die Sanktionen auch deutsche und europäische Firmen treffen, die am Pipelinebau beteiligt sind. Der wirtschaftliche Schaden kann immens sein. Zudem mindert das gesamte protektionistische Gebaren der USA die wirtschaftlichen Chancen für die deutsche Wirtschaft insbesondere in den USA.

Aber es eröffnen sich dadurch auch wirtschaftliche Chancen für Deutschland – gerade weil die USA sich aus dem Wettbewerb um nachhaltige Zukunftsmärkte verabschieden: Die deutsche Wirtschaft kann vor allem die Lücke im Bereich der Klimaschutztechnologien wie erneuerbare Energien schließen, die die US-Wirtschaft durch die rückwärtsgewandte Energiepolitik nun hinterlässt. Der Schaden lässt sich durch eine konsequente auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Energiepolitik begrenzen. Deutschland muss die Energiewende weiter umsetzen und konsequent auf fossile Energien verzichten. Damit lassen sich geopolitische Konflikte und der mögliche Schaden für die Wirtschaft vermeiden.

DIW Berlin

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion
Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat
Dr. Simon Junker

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung
Edenspiekermann

Satz
eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an die Serviceabteilung Kommunikation des DIW Berlin (kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.